

Horst Junginger

»Judenforschung« in Tübingen – Von der jüdischen zur antijüdischen Religionswissenschaft

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es verstärkte Bemühungen von jüdischer Seite, eine Wissenschaft vom oder des Judentums dem Kanon der an der Universität gelehrt Fächer hinzuzufügen. Aus politischen und wissenschaftlichen, aber vor allem aus religiösen Gründen verweigerte sich das durch und durch christlich geprägte deutsche Staatswesen diesem Anliegen. Zwar ermöglichte es der in den verschiedenen Emanzipationsgesetzen kodifizierte Grundsatz der religiösen Gleichberechtigung, dass Wissenschaftler jüdischen Glaubens eine Universitätslaufbahn einschlagen und in einigen wenigen Ausnahmefällen sogar eine Hochschulprofessur erlangen konnten. Doch die Einrichtung eines Lehrstuhls für jüdische Theologie oder Kultur an den Universitäten blieb weiterhin undenkbar. Erst mit der Weimarer Reichsverfassung änderte sich die Situation in einer grundsätzlicheren Art und Weise, so dass nach dem Ersten Weltkrieg an der neu gegründeten Universität Frankfurt zum ersten Mal ein Lehrauftrag geschaffen wurde, der seiner inhaltlichen Ausrichtung nach in etwa der katholischen oder evangelischen Theologie entsprach.

Die neue Gesetzeslage führte dazu, dass im Dezember 1923 an der Frankfurter Stiftungsuniversität die erste deutsche Lehrstelle für jüdische Religion und Ethik eingerichtet und nach dem unerwarteten Tod der zunächst in Aussicht genommenen Kandidaten (Nehemia Anton Nobel und Franz Rosenzweig) mit Martin Buber besetzt wurde. Dem gingen konfessionelle Streitigkeiten über einen Ersatz für die in Frankfurt weggefallenen theologischen Fakultäten voraus, in deren Ergebnis die evangelische und katholische Kirche je eine Weltanschauungsdozentur erhielt, die unter dem Oberbegriff »Religionswissenschaft« eingerichtet wurden. Aus Proporzgründen – und nicht etwa wegen einer besonderen Sympathie für das jüdische Anliegen – konnte daraufhin der Antrag der Israelitischen Gemeinde Frankfurts auf eine eigene weltanschaulich gebundene Lehrstelle nicht mehr zurückgewiesen werden.¹ Das war der Nukleus, aus dem eine wissenschaftliche Vertretung des Judentums im deutschen Hochschulwesen hätte hervorgehen können. Nachdem Buber im Sommersemester 1924 seine Lehrtätigkeit aufgenom-

¹ Siehe Horst Junginger, *Von der philologischen zur völkischen Religionswissenschaft*, Stuttgart 1999, 82–86.

men hatte, entwickelten sich die Dinge zunächst sehr positiv weiter. Im August 1930 erhielt Buber eine Honorarprofessur und im Februar 1931 einen staatlich remunerierten Lehrauftrag, der ohne religiöse Bindung nur noch Religionswissenschaft zum Gegenstand hatte. Bubers vormalige Lehrstelle ging an seinen Schüler Norbert Nahum Glatzer, der ab Juli 1932 noch für etwa ein Jahr jüdische Religion und Ethik unterrichten konnte. Diese bescheidene Entwicklung fand 1933 ein ebenso rasches wie gewaltsames Ende. Glatzers Lehrauftrag wurde am 8. September 1933 eingezogen, Buber am 4. Oktober 1933 entlassen.

Die Nationalsozialisten hatten mehrere Gründe, diese von Juden selbst betriebene Erforschung jüdischer Religion und Kultur so schnell als möglich abzubrechen. Erstens widersprach die jüdische Religionszugehörigkeit den »rassischen« Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Zweitens stand die auf Inklusion abzielende Ausrichtung des Faches in diametralem Gegensatz zur antijüdischen Segregationspolitik des ›Dritten Reiches‹. Und außerdem sollte mit der universitären Vertretung des Judentums ein maßgebliches Element der Emanzipation und Aufklärung zurückgenommen werden. Alle drei Argumentationsebenen spielten in der bekannten antisemitischen Schrift Gerhard Kittels über *Die Judenfrage* eine zentrale Rolle.²

Bei Kittels Buch handelte es sich um eine radikal antisemitische Publikation, die sich vorbehaltlos auf den Boden der neuen Rassengesetze stellte und den Ausschluss aller Juden aus der deutschen Gesellschaft verlangte. Die üblichen antisemitischen Klischees adaptierend, erläuterte Kittel, warum es sich für die deutsche Nation als verhängnisvoller Fehler herausgestellt habe, den Juden gleiche Rechte zuzubilligen. Denn diese hätten sich daraufhin überall in den Vordergrund gedrängt und ein Übergewicht erlangt, das man nicht mehr hinnehmen könne. Es sei eine pure Selbstverständlichkeit, wenn die Juden im ›Dritten Reich‹ aus allen Beamtenstellen entlassen würden.³ Viel zu lange hätte man in Deutschland aus einem falsch verstandenen Humanitätsideal heraus die Augen vor der »Judenfrage« verschlossen. Dass es nun zu Härten kommen müsse, sei bedauerlich, aber nicht zu ändern und letztlich die Schuld der Juden selbst.⁴

Mit seinen vier Varianten für eine Lösung des »Judenproblems« erregte Kittel ein weit über Tübingen hinausreichendes Aufsehen: Erstens könne man versuchen, alle Juden auszurotten. Als zweite Möglichkeit nannte Kittel die Ansiedlung der Juden in Palästina oder irgendwo anders auf der Welt und als

2 Gerhard Kittel, *Die Judenfrage*, Stuttgart 1933 (im Folgenden wird die 2. Aufl. 1934 zitiert).

3 Kittel, *Die Judenfrage*, Stuttgart ²1934, 45f.

4 Ebd., 67f., 83.

drittes ihre Assimilation, die er aber entschieden ablehnte, weil er gerade sie für eine der Hauptursachen des »Judenproblems« hielt. Er selbst favorisierte dagegen als vierte Option eine dem jüdischen »Gaststatus« enge Grenzen setzende Fremdengesetzgebung, wie sie dann im »Dritten Reich« de facto erlassen wurde.⁵ Dass Kittel eine Lösung der »Judenfrage« über die »Ausrottung des Judentums« auch nur hypothetisch in Erwägung zog, schlug hohe Wellen. In der zweiten Auflage versuchte er daher, den Gedanken als eine Art schlechten Scherz erscheinen zu lassen, um allerdings an seiner bereits in der ersten Auflage gemachten Aussage festzuhalten: »Alle Juden totschiagen aber heißt nicht, die Aufgabe meistern.«⁶ Unter »Aufgabe meistern« verstand Kittel eine angemessene Beschäftigung mit der religiösen Tiefendimension des »Judenproblems«, d. h. die Beantwortung der Frage, wie man mit der Weigerung der Juden umzugehen habe, sich zum christlichen Messias zu bekehren.

Mit Recht nannte Gershom Scholem Kittels Buch in einem Brief an Martin Buber »unter allen schmachvollen Dokumenten eines beflissenen Professorentums, die uns doch immer wieder überraschen, eines der schmachvollsten. Welche Verlogenheit, welch zynisches Spiel mit Gott und Religion.«⁷ Kittel hatte sich nicht gescheut, Buber sein Pamphlet mit der Bitte um eine Stellungnahme zuzuschicken. Trotz des von Kittel so unverhohlen geäußerten Antisemitismus antwortete Buber ausgesprochen moderat und versuchte, mit Kittel in einen wissenschaftlichen Diskurs über das jüdische Fremden- und Gastrecht im Alten Testament einzutreten.⁸ Daraufhin veröffentlichte Kittel in der zweiten Auflage von *Die Judenfrage* seine »Antwort an Buber«, worauf dieser in den *Theologischen Blättern* wiederum sehr sachlich replizierte, ohne dabei auf den antisemitischen Impetus der Kittelschen Argumentation besonders einzugehen.⁹ Buber scheint tatsächlich geglaubt zu haben, es handele sich hier um ein wissenschaftliches Problem, über das er sich mit seinem Gegenüber in einer herkömmlichen Weise verständigen könnte. Offenbar nahm er weder den fundamentalen religiösen Gegensatz in der Argumentation des Tübinger Neutestamentlers wahr noch die so unzweideutig daran geknüpften politischen Schlussfolgerungen. Dass *Die Judenfrage* einen Frontalangriff auf seine eigene wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität Frankfurt bedeutete, wurde von Buber völlig ignoriert. Wenn man über das Jahr 1933 als Epochenscheide zurücksieht, kann man deutlich erkennen, wie sich der von Kittel hier in ersten Ansätzen for-

5 Ebd., 13.

6 Ebd. 14 und 115f., Fußnote 4.

7 Scholem an Buber am 24.8.1933, in: Martin Buber, Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten, hg. und eingeleitet von Grete Schaeder, Bd. 3, Heidelberg 1975, 501f.

8 Bubers Antwort erschien als offener Brief an Gerhard Kittel, in: *Theologische Blätter* 43 (1933), 248–250.

9 *Die Judenfrage*, 88–100 und *Theologische Blätter* 43 (1933), 370f.

mulierte religionsgeschichtliche Antisemitismus anschickte, die Frankfurter Programmatik einer jüdischen Religionsforschung in ihr Gegenteil zu verkehren. Von daher verwundert es nicht, dass in der Folgezeit an der Universität Tübingen der Versuch unternommen wurde, ein Studium der »Judenfrage« unter betont antisemitischen Prämissen zu institutionalisieren.¹⁰

Der erste Lehrauftrag und die erste Professur zum Studium der »Judenfrage«: Karl Georg Kuhn (1906–1976)

Etwa seit Sommer 1939 bemühte sich die Tübinger Universität darum, Kittel für eine Professur zur Erforschung der »Judenfrage« zu gewinnen. Kittel lehnte jedoch strikt ab, weil damit ein Wechsel von der Theologischen in die Philosophische Fakultät verbunden gewesen wäre. Es lag nahe, Karl Georg Kuhn, der einer seiner besten Schüler war, mit ihr zu betrauen. Kuhn hatte seine *Venia legendi* in der Philosophischen Fakultät erworben und brachte in wissenschaftlicher wie in politischer Hinsicht die gewünschten Voraussetzungen mit. Geboren am 6. März 1906 im rheinpfälzischen Thaleischweiler, zog Kuhn 1923 mit seinen Eltern nach Breslau, wo er 1925 das Abitur ablegte. Nach einem Semester an der Theologischen Schule in Bethel begann Kuhn 1926 an der Universität Breslau Evangelische Theologie und Semitische Sprachwissenschaft zu studieren. Im Breslauer Rabbinerseminar wurde er durch Israel Rabin in die Mischna und den Talmud eingeführt. Nach seinem Wechsel an die Universität Tübingen kamen deshalb Gerüchte über projüdische Tendenzen bei ihm auf. Sie gingen insbesondere von dem Tübinger SA-Sturm 9/126 aus, dem so genannten Assistentensturm, dem Kuhn von Mai bis Juli 1933 zur Ausbildung zugeteilt worden war.

Kuhn war in Tübingen am 19. März 1932 in die NSDAP und am 28. April 1933 in die SA eingetreten und sah sich nun genötigt, diesen Gerüchten, die auch an der Universität umliefen und seine Habilitation gefährdeten, entgegenzutreten. Er strengte ein Parteigerichtsverfahren gegen sich an, um alle Vorwürfe als gänzlich unberechtigt und haltlos zurückzuweisen.¹¹ Am

10 Siehe zu Kittel bes. Horst Junginger, *Das Bild der Juden in der nationalsozialistischen Judenforschung*, in: Andrea Hoffmann u. a. (Hg.), *Die kulturelle Seite des Antisemitismus zwischen Aufklärung und Schoah*, Tübingen 2006, 171–220.

11 Siehe dazu die fünfseitige Stellungnahme, die Kuhn am 16.10.1933 dem Antrag beifügte: Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, »Verfahren vor dem Parteigericht«. Falls er sich früher je einmal in einer projüdischen Weise geäußert haben sollte, hieß es dort, »so hat sich meine Überzeugung in diesem Punkte eben gründlich geändert, wie schon mein Eintritt in die NSDAP im März beweist, und noch deutlicher meine Rede, die ich bei der Kundgebung der NSDAP Tübingen anlässlich des Boykott-Tages in diesem Frühjahr auf dem Marktplatz hielt.« Ebd., 2.

28. Juli 1934 lehnte das NSDAP-Parteigericht eine Aufnahme des Verfahrens definitiv ab und sprach dem Führer des SA-Sturms Bauer eine scharfe Rüge aus. Dieser Erfolg verstärkte Kuhns Neigung, sich mit dem Programm des Nationalsozialismus zu identifizieren und für dessen politische Umsetzung einzutreten. Der Streit um das Parteigerichtsverfahren schweißte Kuhn aber auch mit seinem akademischen Lehrer Kittel enger zusammen. Kittel hatte sich energisch für ihn eingesetzt und seiner politischen Zuverlässigkeit wie auch seiner Einstellung in Bezug auf die »Judenfrage« das beste Zeugnis ausgestellt. Schon seit vielen Jahren beschäftigte sich Kuhn mit dem »Judenproblem« und vertrete dabei den Standpunkt seiner Schrift *Die Judenfrage*, eine Position, die, wie Kittel hinzufügte, »von den amtlichen Stellen der Partei (Propagandaministerium, Außenpolitisches Amt) anerkannt worden« sei.¹²

Kuhn hatte seine Doktorarbeit bei dem Orientalisten Enno Littmann geschrieben, doch zu seinem eigentlichen Lehrer und Mentor wurde Gerhard Kittel, an dessen Großprojekt eines *Theologischen Wörterbuchs zum Neuen Testament* er sich beteiligte. Für die zwischen 1933 und 1940 erschienenen ersten vier Bände verfasste er allein zehn Artikel. Abgesehen von Kuhn gingen aus dem Mitarbeiterkreis des Wörterbuchs noch einige andere NS-Judenforscher hervor, die sich zum Teil im Umfeld Kittels bewegten, zum Teil aber auch in dem 1939 in Eisenach ins Leben gerufenen »Entjudungsinstitut« Walter Grundmanns aktiv wurden. Grundmann hatte vom 1. Oktober 1930 bis zum 31. März 1932 an der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen eine Assistentenstelle innegehabt, währenddessen er redaktionelle Arbeiten am Wörterbuch übernahm und im Juli 1931 bei Kittel über den Begriff der Kraft im Neuen Testament promovierte. Er entfremdete sich später von seinem Doktorvater und schloss sich der radikalen Richtung der Deutschen Christen an. Bereits zwei Monate nach Dienstbeginn in Tübingen war Grundmann am 1. Dezember 1930 in die NSDAP eingetreten.¹³ Nicht nur in Tübingen, sondern an allen deutschen Universitäten hatte der Nationalsozialismus unter den evangelischen Theologiestudenten vor 1933 viele überzeugte Anhänger gefunden.

Am 1. April 1933 trat Kuhn als antisemitischer Volksredner in Erscheinung, als er auf einer Massenkundgebung im Auftrag des »Tübinger nationalsozialistischen Ausschusses gegen die jüdische Greuelpropaganda« vom Rathaus herab begründete, warum sich das »Dritte Reich« gegen die vom »Weltjudentum« inszenierte Kampagne mit einem Boykott jüdischer Ge-

12 Kittel am 20.10.1933 in seiner an Kuhns Rechtsanwalt Stockburger gerichteten Erklärung, ebd.

13 Siehe zu Grundmanns Vita seine Personalakten im Universitätsarchiv Jena, im Hauptstaatsarchiv Weimar und im Bundesarchiv Berlin (BDC).

schäfte zur Wehr setzen müsse. Die von den verschiedenen SA- und NSDAP-Formationen mitgeführten Schilder mit Aufschriften wie »Kauft nicht beim Juden!« wurden währenddessen dem Publikum zugewandt auf dem Marktplatz aufgestellt.¹⁴ Nachdem ihm das Stuttgarter Kultusministerium am 22. Oktober 1934 die Lehrberechtigung für Semitische Philologie und Geschichte des Judentums erteilt hatte, erhielt Kuhn zum 11. November 1936 einen besoldeten Lehrauftrag für Sprache, Literatur und Geschichte des Judentums mit besonderer Berücksichtigung der »Judenfrage«.¹⁵ Bereits seit Ende 1935 verfolgte das Reichserziehungsministerium das Ziel, an den deutschen Universitäten in verstärktem Umfang Lehraufträge zur Erforschung der »Judenfrage« einzurichten.¹⁶ Kuhn war einer der ersten, die davon profitierten.

Für das Sommersemester 1935 kündigte Kuhn an der Universität Tübingen ein Seminar über die Juden im Altertum und für das darauffolgende Wintersemester eines über den Talmud an. Ab dem Sommersemester 1937 wandte er sich mit der Geschichte der Juden in der römischen Kaiserzeit einem Spezialthema Kittels zu. Mit diesem zusammen veranstaltete er regelmäßig Übungen, in denen rabbinische Texte gelesen und interpretiert wurden. Im Wintersemester 1938 behandelte Kuhn »Die Geschichte der Judenfrage und ihre Lösungsversuche«, im Sommersemester 1939 den Zionismus, um in den folgenden Semestern mit der geschichtlichen Entwicklung des Judentums und Veranstaltungen zum Talmud fortzufahren. Darüber hinaus hielt Kuhn eine große Zahl öffentlicher Vorträge, sprach aber auch im kirchlichen und parteipolitischen Rahmen über die »Judenproblematik«. Zum eigentlichen Schwerpunkt wurde ab 1936 seine Tätigkeit für die »Forschungsabteilung Judenfrage« des »Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland«. Auf Vermittlung Kittels wurde Kuhn im Juli 1936 in den »Sachverständigenbeirat« der Forschungsabteilung aufgenommen, wobei man ihm das Referat »Talmud« und als Vertreter Kittels auch das Referat »Palästina« übertrug.¹⁷ Außerdem erhielt er zwei gut dotierte Stipendien zur Erforschung des Talmuds und der Geschichte der »Judenfrage«, die es ihm ermöglichten, weitere Studien auf diesem Gebiet durchzuführen. Kuhn entwickelte sich zum führenden Vertreter einer neuen Generation von »Juden-

14 Siehe dazu den Bericht »Gegen die jüdische Greuelpropaganda«, in: Tübinger Chronik, 3. April 1933.

15 Universitätsarchiv Tübingen 47a/2, Verhandlungen des Kleinen Senats (1927–1935), fol. 185 sowie ebd., Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 2 und fol. 4.

16 Patricia von Papen, »Scholarly« Antisemitism during the Third Reich. The »Reichsinstitut's« Research on the »Jewish Question«, unveröffentlichte Diss. phil. Columbia University 1999, 73.

17 Siehe das Schreiben des Leiters der »Forschungsabteilung Judenfrage« Wilhelm Grau an Kuhn vom 24.7.1936, Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 12.

forschern« und stand beim Leiter des Münchener Reichsinstituts Walter Frank in hohem Ansehen.

Auf den ersten drei Arbeitstagungen der »Forschungsabteilung Judenfrage«, die im November 1936, im Mai 1937 und im Juli 1938 in München stattfanden, hielt Kuhn viel beachtete Vorträge über »Die Entstehung des talmudischen Denkens«, über »Das Weltjudentum in der Antike« und über »Ursprung und Wesen der talmudischen Einstellung zum Nichtjuden«. ¹⁸ Im Rahmen einer Vortragsreihe, die von der »Forschungsabteilung Judenfrage« parallel zu der antisemitischen Ausstellung »Der ewige Jude« in München veranstaltet wurde, referierte Kuhn am 11. Januar 1938 zum Thema »Der Talmud als Spiegel des Judentums«. Während der vierten Gesamttagung des Reichsinstituts (30. November – 3. Dezember 1938) sprach Kuhn über »Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem« und bei der Anfang 1939 ebenfalls in Berlin veranstalteten Vortragsreihe »Judentum und Judenfrage« am 19. Januar 1939 ein weiteres Mal über den »Talmud«.

Der von Kuhn am 23. Januar 1939 auf einer Veranstaltung der Tübinger NS-Dozentenbundsakademie wiederholte Vortrag über »Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem« erschien wenig später in erweiterter Form als eigenständige Veröffentlichung. ¹⁹ In dieser von einem krassen Antisemitismus geprägten Schrift führte Kuhn das Aufkommen des »Judenproblems« auf das Verhalten der Juden selbst zurück. Insbesondere auf ökonomischem Gebiet sah er einen schädlichen jüdischen Einfluss am Werk, der judengegnerische Abwehrmaßnahmen zwingend notwendig machte. Das von ihm als Ausfluss talmudischen Denkens bezeichnete Wirtschaftsgebaren der Juden – Kuhn sprach von einer »talmudischen Wirtschaftsethik« – sei in Wirklichkeit ein »Kampfmittel zur Behauptung und Durchsetzung jüdischer Interessen«, das notwendigerweise die Belange der »Wirtsvölker« tangieren müsse. ²⁰ Letztlich sei für die »Judenfrage« eine Mischung aus rassistischen und religiösen Faktoren verantwortlich, weshalb »mit dem Austritt des Juden aus seiner Religion« der Komplexität des geschichtlichen Sachverhalts allein nicht beizukommen sei. Vielmehr gelte es, die ineinander verwobenen religiösen und nichtreligiösen Elemente genau zu analysieren und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Wie Kittel war auch Kuhn der Meinung, dass Juden weder zur deutschen Gesellschaft gehörten noch durch die Taufe in deutsche Staatsbürger verwandelt würden. Sie seien daher einer strikten Fremden-gesetzgebung zu unterwerfen. Zum Schluss kam Kuhn auf die politi-

18 Alle drei Vorträge erschienen in der vom Reichsinstitut herausgegebenen Reihe *Forschungen zur Judenfrage*: Die Entstehung des talmudischen Denkens, Bd. 1, Hamburg 1937, 64–80; Weltjudentum in der Antike, Bd. 2, Hamburg 1937, 9–29; Ursprung und Wesen der talmudischen Einstellung zum Nichtjuden, Bd. 3, Hamburg 1938, 199–234.

19 Karl Georg Kuhn, *Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem*, Hamburg 1939.

20 Ebd., 21f.

schen Erfolge des ›Dritten Reiches‹ bei der Bekämpfung des »Judenproblems« zu sprechen. Erst durch die Weitsicht und Tatkraft Adolf Hitlers sei es möglich geworden, eine wirkliche Lösung der »Judenfrage« in die Wege zu leiten. Nun bekämen die Juden die Rechnung für ihr Verhalten präsentiert.²¹

In einer langen Tradition antitalmudischer Polemik stehend, beruhte auch Kuhns Ansatz darauf, den Juden eine grundsätzliche Feindschaft allem Nichtjüdischen gegenüber zu unterstellen und zum Beweis dafür jeweils passende Zitate aus dem Talmud heranzuziehen. Die Schilderung des schlimmen jüdischen Verhaltens – in Wirklichkeit handelte es sich dabei um projektive Zuschreibungen – zielte darauf ab, entsprechende Gegenmaßnahmen als unumgänglich erscheinen zu lassen. In der Logik des Antitalmudismus bleibt den Nichtjuden gar nichts anderes übrig, als sich gegen die Anmaßungen der Juden zu wehren. Im Spiegel des Talmuds erscheinen die Juden daher als die eigentlich Verantwortlichen und wahren Urheber des Bösen auf der Welt. Die hauptsächliche Funktion des Antitalmudismus bestand zweifelsohne darin, dem politischen Kampf gegen das Judentum eine moralische Legitimität zu verschaffen. Wenn Kuhn den »Talmud als Spiegel des Judentums« – so der Titel seines Vortrags, den er im Zusammenhang der Münchener Ausstellung »Der ewige Jude« gehalten hatte – bezeichnete, dann tritt der Projektionsmechanismus antitalmudischer Ressentiments deutlich hervor.

Dank seiner großen Sprachbegabung und theologischen Kenntnis des »Spätjudentums« war Kuhn in besonderer Weise geeignet, den Talmud entsprechend zu interpretieren und Beispiele ausfindig zu machen, die das Wesen des Judentums nicht nur als einen Gegensatz zum Christentum sondern als einen Angriff auf Ethik und Moral als solche zu zeigen imstande waren. In seinem Artikel über den »Ursprung und das Wesen der talmudischen Einstellung zum Nichtjuden« elaborierte Kuhn die Theorie, dass Nichtjuden nach talmudischer Auffassung außerhalb allen Rechts stünden und keinerlei Anspruch auf einen Schutz durch die Gesetze hätten.²² Das völkische Rechtsdenken der Juden sei ausschließlich auf ihren eigenen Nutzen fokussiert. Im jüdischen Herrschaftsbereich lebende Fremde wären deshalb allen Arten von Verbrechen seitens der Juden ausgesetzt und würden wie Vogelfreie behandelt. Aus der Sicht der Juden sei ein Nichtjude gar kein richtiger Mensch. Noch ein Hund stehe ihnen höher als der Goj.²³ Kuhn ging schließlich so weit zu behaupten, dass es ein »allgemeingültiges talmudisches Ge-

21 Ebd., 46f.

22 Kuhn, Ursprung und Wesen der talmudischen Einstellung zum Nichtjuden, 210–234, hier bes. 226–234.

23 Ebd., 227.

setz« sei, die Tötung eines Nichtjuden durch einen Juden von jeglicher Bestrafung auszunehmen.²⁴ Mit deutlichen Anklängen an Kittels Schrift *Die Judenfrage* interpretierte Kuhn das jüdische Fremdenrecht als Ausdruck einer besonderen völkischen Geschlossenheit, die der rassischen und religiösen Sonderentwicklung des Judentums geschuldet sei. Unschwer lässt sich in Kuhns ›Analyse‹ des archaischen, lediglich Partikularinteressen verpflichteten jüdischen Rechtsdenkens die Spiegelung der nationalsozialistischen Rassengesetze erkennen. Denn nicht die Deutschen sondern die Juden waren es, die im ›Dritten Reich‹ aller Rechte beraubt und wie Vogelfreie behandelt wurden. Es waren nicht die Juden, wie Kuhn behauptete, sondern umgekehrt die Deutschen, die ihren Mitbürgern »mit einer empörenden und jedem menschlichen und rechtlichen Gefühlohnsprechenden Gesinnung« entgegentraten.²⁵ Die von Kuhn diagnostizierte »Hasspsychose« der Juden²⁶ und die angeblich auf das jüdische Auserwähltheitsdenken zurückgehende Neigung, alle Nichtjuden außerhalb des Rechts zu stellen, ist nichts anderes als die Hasspsychose des Nationalsozialismus, wie sie in den Nürnberger Gesetzen ihren legislativen Ausdruck gefunden hat.

Die drastische Schilderung talmudischer ›Abartigkeit‹ verfehlte ihre Wirkung nicht. In der *Historischen Zeitschrift* erschien ein Bericht über die dem Artikel zu Grunde liegenden Ansprache Kuhns auf der dritten Arbeitstagung der »Forschungsabteilung Judenfrage«, in dem es heißt, dass Kuhns Ausführungen über den Ursprung und das Wesen des Judentums klar gemacht hätten,

»welch erschreckenden Haß dieses Volk auf Grund seines religiösen Gesetzes gegen seine Gastgeber richtet. Aus den natürlichen Auswirkungen des Fremdenhasses primitiver Beduinen ist in den jüdischen Gesetzen ein wahrhaft dämonisches Instrument des Parasiten gegen die Kulturwelt geworden. Wenn man erfährt, daß für den Juden die Tötung eines Nichtjuden straffrei ist, während ein Nichtjude, der einen Juden auch nur schlägt, des Todes schuldig sein soll, so versteht man, daß die letztthin entscheidende Auseinandersetzung mit den Juden nur im politischen Kampf liegen kann.«²⁷

In seinen öffentlichen Vorträgen schlug Kuhn noch einen wesentlich schärferen Ton an als in seinen Veröffentlichungen. Die darüber berichtenden Zeitungsartikel lobten unisono Kuhns Fähigkeit, einem allgemeinen Publikum die Hintergründe und eigentlichen Ursachen des »Judenproblems« nahe zu bringen. Vor allem seine Darlegungen über den Talmud und die religionsgeschichtlichen Wurzeln der »Judenfrage« machten Eindruck auf ein wissen-

24 Ebd., 228.

25 Ebd., 226.

26 Ebd., 229.

27 So Clemens August Hoberg in der *Historischen Zeitschrift* 159 (1939), 218–221, hier 220.

schaftlich nicht weiter vorgebildetes Publikum, das sich in seinen Vorurteilen bestätigt sah.

Kuhns Talmud-Vortrag vom 19. Januar 1939 bildete den allseits anerkannten Höhepunkt der vom Reichsinstitut in Berlin veranstalteten Vorlesungsreihe »Judentum und Judenfrage«. Für die herbeigeströmten 2.500 Zuhörer erwies sich der größte Hörsaal der Universität als noch zu klein, so dass man in das Auditorium maximum umziehen und noch zwei weitere Hörsäle hinzunehmen musste. Der *Völkische Beobachter* nannte Kuhn in seinem Vortragsbericht einen Orientalisten internationalen Ranges, der einen plastischen Eindruck jenes abstrusen talmudischen Denkens zu vermitteln vermochte, gegen das sich das »arische Sittlichkeitsgefühl« stets aufs Neue auflehnen müsse.²⁸ Auch in der *Tübinger Chronik* wurde der Erfolg Kuhns bei der Berliner Vortragsreihe ausführlich gewürdigt. Kuhn habe in seiner gleichermaßen wissenschaftlichen wie volksnahen Ansprache gezeigt, dass die talmudischen Gesetze kein Problem einer fernen Vergangenheit, sondern gerade heute noch überaus wirksam seien. Zusammen mit den beiden anderen Tübinger Referaten von Gerhard Kittel über »Die historischen Voraussetzungen der Rassenmischung des Judentums« und von Max Wundt über »Das Judentum in der Philosophie« sei die große Beteiligung Tübinger Wissenschaftler als Ausweis besonderer Exzellenz und auch als ein Beleg dafür zu werten, dass die Wissenschaft endlich ihren Elfenbeinturm verlassen habe, um ihre Erkenntnisse einem allgemeinen Interesse dienstbar zu machen. Die Referenten hätten eindrücklich das Vorurteil widerlegt, dass der Antisemitismus im »Dritten Reich« nur eine Angelegenheit von Radaubrüdern sei.²⁹

Kuhns Tätigkeit für die »Forschungsabteilung Judenfrage« wurde in den Kultusministerien in Stuttgart und Berlin mit großem Wohlwollen aufgenommen. Mehrfach verlängerte man seine Dozentenbeihilfe und kurz vor dem Wintersemester 1939/40 wurde er unter Übernahme in das Beamtenverhältnis zum Dozenten neuer Ordnung ernannt.³⁰ Obwohl nach Kriegsbe-

28 Die Gedankenakrobatik des Talmud, in: *Völkischer Beobachter*, 21.1.1939: »Der Vortrag brachte den schlüssigen Beweis, daß der Talmud das jüdische Wesen und den jüdischen Geist in reinster Form zum Ausdruck bringt und zeigt. Darum ist die Auseinandersetzung mit ihm auch heute nicht gegenstandslos geworden, wenn auch der moderne Jude, besonders der westeuropäischer Prägung, oft nur noch wenig vom Talmud weiß.«

29 Die Wissenschaft geht ins Volk. Maßgebende Beteiligung Tübinger Dozenten an der Berliner Vortragsreihe »Judentum und Judenfrage«, in: *Tübinger Chronik*, 9.2.1939. Am Anfang des Artikels heißt es: »Hitler-Jugend und Studenten saßen neben greisen Männern und Frauen und bewiesen, daß der Antisemitismus keine Sache des Radaus, sondern eine Sache der gesunden Rasse und des Volksinstinktes und eine Sache ernster wissenschaftlicher Erkenntnis ist. Das gesunde Gefühl des deutschen Volkes sucht seine Bestätigung in wissenschaftlicher Beweisführung.«

30 Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn, 126a/284, fol. 20, 26 und 33.

ginn die Etatisierung neuer Lehrstellen so gut wie ausgeschlossen war, eröffnete sich für Kuhn die Aussicht auf eine Professur zum Studium der »Judenfrage«, die an der Universität Tübingen neu eingerichtet werden sollte. In einem vertraulichen Schreiben teilte der Tübinger Dozentschaftsleiter Robert Wetzel dem Stuttgarter Kultusministerium am 13. November 1939 mit, dass seit dem Sommer Gespräche geführt worden seien, Gerhard Kittel »in Anbetracht der auch parteiamtlich anerkannten Bedeutung seiner Forschungen über die Geschichte des Judentums dazu zu bewegen, als hauptsächliches Lehramt einen Lehrstuhl für die Geschichte des Judentums in Tübingen zu übernehmen«. ³¹ Da dieser, wie eingangs bemerkt, aus religions- und kirchenpolitischen Gründen nur innerhalb der Philosophischen Fakultät eingerichtet werden konnte, Kittel aber nicht aus der Theologischen Fakultät austreten wollte, machte Wetzel den Vorschlag, dass Kuhn die Stelle übernehmen sollte.

Wie Wetzel außerdem schrieb, sei die Einrichtung einer Professur zum Studium der »Judenfrage« in Tübingen umso dringlicher, als es seit dem Sommer 1939 in der Reichshauptstadt die gleichen Bestrebungen gebe und Berlin Tübingen zuvorkommen drohe. In der Tat wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin im Juni 1939 ein »Antrag auf Errichtung einer Professur für Erforschung der Judenfrage« gestellt und zu der »unabweisbare Notwendigkeit« der für Tübingen problematische Zusatz hinzugefügt, dass Kuhn »der gewiesene Mann« für die Übernahme dieser Stelle sei. ³² Über die Reichsdozentenführung gelang es Wetzel aber, Einfluss auf das Verfahren zu nehmen, so dass die Angelegenheit in Berlin zu Gunsten Tübingens weniger energisch verfolgt wurde. Als einer der fähigsten »Judenforscher« des »Dritten Reiches« sollte Kuhn der Universität Tübingen unbedingt erhalten bleiben. Man habe, so Wetzel im Jahr darauf, absolut keinen Anlass, »auf das Tübinger Vorrecht und den sachlichen Tübinger Vorsprung in der wissenschaftlichen Bearbeitung der Judenfrage zu verzichten.« Die für Kuhn in Tübingen zu schaffende Professur müsse als eine deutliche Verstärkung der »Tübinger Wissenschaftsgruppe Judenkunde – Semiotologie – Rassenforschung« angesehen werden. Die Umwidmung eines bereits bestehenden Lehrstuhls käme keinesfalls in Betracht. ³³

Von der Notwendigkeit überzeugt, die politisch so wichtige »Judenforschung« an der Universität Tübingen mehr in den Vordergrund zu stellen, beantragte die Tübinger Philosophische Fakultät über ihren Dekan Carl Au-

31 R. Wetzel an das Kultusministerium in Stuttgart am 13.11.1939, ebd., fol. 34.

32 Archiv der Humboldt Universität Berlin, Philosophische Fakultät, Dekanat, Nr. 1453, fol. 1f., Antrag vom 23.6.1939.

33 Wetzel an den Rektor am 4.10.1940, Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn, 126a/284, fol. 44.

gust Weber am 17. April 1940 als erstes einen besoldeten Lehrauftrag für Kuhn. Da es sich aus finanziellen Gründen zunächst als nicht möglich erwies, sofort eine neue Professur in den Haushalt aufzunehmen, war der fünf-stündige Lehrauftrag für Sprache, Literatur und Geschichte des Judentums, den Kuhn zum zweiten Trimester 1940 erhielt, als eine Übergangslösung von möglichst kurzer Dauer gedacht. Ein weiterer Ausbau dieser Forschungsrichtung sollte so schnell als möglich erfolgen.³⁴ Bei der in die Wege geleiteten politischen Neuausrichtung der Eberhard-Karls-Universität kam der angestrebten judenkundlichen »Sonderprofessur« eine wichtige Funktion zu. Anlässlich der Rektoratsübergabe von Hermann Hoffmann an Otto Stickl hatten der scheidende wie der neue Rektor, aber auch der extra aus Stuttgart angereiste Ministerpräsident und Kultusminister Mergenthaler am 8. Januar 1940 ausführlich dargelegt, in welcher Form man sich den weiteren Ausbau der Universität vorstellte.³⁵ Demzufolge sollten insbesondere die rassenkundlich relevanten Fächer eine stärkere Förderung erfahren. Die bereits zum 1. August 1939 erfolgte Aufwertung des Lehrstuhls für Rassenbiologie zum Ordinariat und die nunmehr geplante Errichtung eines Lehrstuhls für »Judenforschung« galten als die beiden ideologischen Eckpfeiler der in Angriff genommenen Umstrukturierung im Sinne einer »völkisch-rassischen Lebensgestaltung«. Zusammen mit der Rassenbiologie Wilhelm Gieselers stand die »Judenforschung« im Zentrum der politischen Universität, wie sie nun endlich Wirklichkeit werden sollte.

Eine enge Verbindung zwischen Politik und Wissenschaft kennzeichnete auch die 1937 in der »Forschungsabteilung Judenfrage« gegründete Spezialbibliothek in München, deren Zielsetzung es war, einmal die größte antisemitische Bibliothek Europas zu werden. Ihr Leiter Günter Schlichting hatte zuvor der Bibliothek des Konsistoriums der Evangelischen Kirche in Danzig und davor der des Evangelisch-theologischen Seminars der Universität Tübingen vorgestanden. Schlichting promovierte bei Kittel, und dieser hatte seinen früheren Assistenten im Januar 1937 in der »Forschungsabteilung Judenfrage« untergebracht. Zählte der Bibliotheksbestand am Anfang nur einige hundert Bücher, wuchs er aufgrund erheblicher staatlicher Zuweisungen bis zum Sommer 1940 auf 20.000 und bis Kriegsende auf etwa 35.000

34 »Durch die Forschungen von Prof. Kittel, Prof. Wundt und Dozent Dr. Kuhn ist die Universität Tübingen führend geworden in der wissenschaftlichen Erforschung der weltanschaulich und rassenpolitisch besonders bedeutungsvollen Judenfrage. Die größte Gewähr für einen umfassenden zukünftigen Ausbau dieser Forschungsrichtung bietet Dr. Kuhn als hervorragender Kenner der jüdischen Geschichte und Literatur.« C. A. Weber am 17.4.1940 an den Rektor der Universität Tübingen, ebd., fol. 40.

35 Ministerpräsident und Kultusminister Mergenthaler sprach über die Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit im Krieg, Rede gehalten anlässlich der Rektoratsübergabe von Hermann Hoffmann an Otto Stickl am 8.1.1940, in: Tübinger Chronik, 12.1.1940.

Bände an. In einem internen Rechenschaftsbericht bezeichnete Schlichting seine Bibliothek als »scharf geschliffene Waffe« der nationalsozialistischen Wissenschaft im Lebenskampf des deutschen Volkes.³⁶ Dass in manchen Büchern nach 1945 noch die Stempel ihrer jüdischen Vorbesitzer vorgefunden wurden, belegt, dass nicht alles, was sich in der Bibliothek befand, auf legale Weise erworben worden war. Ein Teil kam offensichtlich über Beschlagnahmungen und durch so genannte »Sicherstellungen« in den besetzten Gebieten in den Besitz der Bibliothek. Darunter befanden sich zum Teil äußerst wertvolle Werke, mittelalterliche Inkunabeln und Handschriften, deren Herkunft bis ins 15. Jahrhundert zurückreicht.³⁷

Als Kuhn im Frühsommer 1940 im Auftrag der »Forschungsabteilung Judenfrage« eine »Studienreise« in das besetzte Polen unternahm, wurde als Zweck angegeben, dass er das »Ostjudentum« vor Ort in Augenschein nehmen wolle. Für die als kriegswichtig deklarierte Studienfahrt war Kuhn mit der Begründung vom Militärdienst zurückgestellt worden, dass durch den Sieg des Reiches in Polen »einzigartige Forschungsprobleme und Forschungsmöglichkeiten« entstanden seien:

»Da das ostjüdische Problem in Zukunft nie mehr in seiner bisherigen und in seiner jetzigen Gestalt erforscht werden kann, ist es für die Wissenschaft eine dringliche Aufgabe geworden, die mit dem ostjüdischen Problem zusammenhängenden wichtigen Fragen zu untersuchen, solange dazu die Gelegenheit an Ort und Stelle günstig ist.«³⁸

Bei Kuhns Studienreise in das Generalgouvernement ging es freilich weniger um ein theoretisches Studium als um sehr praktische Dinge, nämlich um die »Sicherstellung« jüdischer Dokumente. Eine eindrucksvolle Bestätigung dieser nahe liegenden Vermutung findet sich in dem Tagebuch von Adam Czerniaków, dem Judenratsvorsitzenden des Warschauer Ghettos, der sich im Juli 1942 aus Verzweiflung über die ihm von den Deutschen zugewiesene Rolle, Juden zur Deportation selektieren zu müssen, das Leben nahm. Am 6., 7. und 20. Juni 1940 notierte Czerniaków in seinem Tagebuch eine Be-

36 Günter Schlichting, Die Münchner Bibliothek zur Judenfrage, Bericht vom 2.9.1939, Bundesarchiv Berlin R 49.01, 2595, fol. 63–68, das Zitat fol. 63.

37 In dem genannten Bericht, der in einer modifizierten Version in der Historischen Zeitschrift 162 (1940), 567–572, erschien, listete Schlichting einige seiner Kostbarkeiten auf. Siehe zur Bibliothek und der Art der Akquisition auch Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland, Stuttgart 1966, 436–441.

38 So der Reichsverteidigungsreferent des Reichserziehungsministeriums Büchsel in seinem Schreiben an das Wehrmeldeamt Tübingen-Lustnau, in dem er am 14.3.1940 die Freistellung Kuhns beantragte. Vom Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete sei bereits die Zustimmung erteilt worden. Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 37. Kuhns Urlaubsgesuch bei der Universität vom 14.5.1940, ebd., fol. 39. Er wolle ab dem 17. Mai eine »wissenschaftliche Reise zum Studium des Ostjudentums in das Generalgouvernement Polen« unternehmen.

gegnung mit Kuhn und dem Leiter des »Judenreferats« der Warschauer Gestapo, SS-Oberscharführer Gerhard Mende. Die beiden seien eines Tages bei ihm im Ghetto erschienen, um Archiv und Museum der jüdischen Gemeinde zu inspizieren.³⁹ Dabei suchten Kuhn und Mende nicht nur nach Büchern sondern auch nach jüdischen Dokumenten und Kultgegenständen. Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass die von Kuhn im Auftrag des Reichsinstituts im besetzten Polen durchgeführten Sicherstellungen dem weiteren Ausbau der Münchener Bibliothek dienten.

Ungefähr ein halbes Jahr nachdem der Dekan der Tübinger Philosophischen Fakultät am 17. April 1940 einen Lehrauftrag für Kuhn erbeten hatte, stellte er am 27. September 1940 das Gesuch auf Errichtung einer »Professur zur Erforschung des Judentums«. Dabei verwies Weber auf Kuhns Vorrangstellung in der »wissenschaftlichen Aufklärung über das Judentum«, die durch den an ihn ergangenen »Sonderauftrag zum Studium des talmudistischen Judentums in Polen und zur Sicherstellung talmudistischer Handschriften und Bibliotheken« erneut bekräftigt worden sei.⁴⁰ Das heißt, in Webers Antrag diente das Argument der »Sicherstellung« jüdischer Handschriften, ja ganzer Bibliotheken dazu, die politische Notwendigkeit und Relevanz der zu schaffenden Stelle hervorzuheben. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Begründungszusammenhang der Tübinger »Judenprofessur«. Weber machte sich aber auch in theoretischer Hinsicht Gedanken darüber, warum die »Errichtung eines Lehrstuhls für die Erforschung des Judentums in Form einer ao. Professur für Dozent Dr. K. G. Kuhn« in Tübingen für so wichtig gehalten wurde. In einem weiteren Schreiben an den Rektor ging er am 11. März 1941 ausführlich auf die Gründe ein, welche die Fakultät bewogen hatten, am 27. September des Vorjahres eine solche Professur zu beantragen. Tübingen könne sich auf eine besondere Tradition in der Rassenforschung berufen, vor deren Hintergrund auch bisher schon die Erforschung des Judentums gepflegt worden sei. Weber fuhr fort, dass die Aufgabe der neuen Professur vor allem darin bestehen solle, auf wissenschaftlich überzeugende Weise das charakteristische Wesen des Judentums herauszuarbeiten. Bisher sei man in der schwierigen Lage – so sein entlarvendes Bekenntnis –, jüdischen Geist definieren zu müssen, ohne dass man genau wisse, was man darunter zu verstehen habe. Man könne sich dabei nicht nur auf den Stammbaum berufen, d. h. allein mit den Methoden der naturwissenschaftlichen Rassenkunde bestimmen wollen, worin dieser Geist tatsächlich bestehe. Die »jüdische Rasse« müsse auch mit geisteswis-

39 Adam Czerniaków, Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków, München 1986, 78f. und 84.

40 So Weber in seinem Schreiben an den Rektor am 27.9.1940, Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 44 sowie 131/128.

senschaftlichen Kategorien gefasst werden. Dafür sei die Stelle gedacht und dafür sei Kuhn der geeignete Mann.⁴¹ Rektor Stickl schickte die Stellungnahme seines Dekans noch am gleichen Tag an das Kultusministerium nach Stuttgart (»Eilt!«), wobei er hinzufügte, dass die Universität Tübingen »bitter enttäuscht« wäre, wenn ihr in der »Judenforschung« von einer anderen Universität, Stickl nannte namentlich die Universitäten Posen und Frankfurt, »der Vorrang abgelaufen würde«.⁴²

Zum großen Erstaunen von Fakultät und Universität stieß das nun schon mehrfach vorgetragene Anliegen eines neuen judenkundlichen Lehrstuhls aber nicht mehr auf die ungeteilte Zustimmung seitens des Berliner Reichserziehungsministeriums, sondern ganz im Gegenteil auf eine zunehmende Ablehnung. Man hatte in Tübingen sogar die Medizinische Fakultät dazu bewegen können, dass sie sich bereit erklärte, eine planmäßige Oberarztprofessur für die »Judenforschung« abzugeben. Doch das Reichserziehungsministerium lehnte diesen Vorschlag kategorisch und ausgesprochen kühl mit dem formalen Argument ab, die Stelle sei allein dem Nachwuchs der medizinischen Hochschullehrer vorbehalten.⁴³

Die Gründe für die neue Zurückweisung des Tübinger Wunsches nach einer selbstständigen Professur zur Erforschung der »Judenfrage« waren vielschichtig. Zum Einen fühlte sich Berlin durch das eigenmächtige Handeln der Tübinger übergangen und wollte demonstrieren, wer in der Hochschulpolitik das Sagen hatte. Der Universität Tübingen wurde es offensichtlich übel genommen, dass sie ohne jede Kompromissbereitschaft auf einer »Sonderprofessur« insistiert und eine Umschichtung innerhalb der Philosophischen Fakultät kategorisch abgelehnt hatte. Ein weiterer Grund ist in dem problematischen Verhältnis des Ministeriums zu Walter Frank zu sehen, der im Falle Kuhns mehrere Male in einer Weise interveniert hatte, die nicht anders als anmaßend empfunden werden konnte. Nachdem Frank Ende 1941 auf Drängen Bormanns entmachtet wurde und sein Einfluss stark nachge-

41 Weber (mit der zitierten Betreffzeile) am 11.3.1941 an das Rektorat, Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 45 sowie Universitätsarchiv Tübingen, Dekanatsakten 131/128.

42 Schreiben Stickls vom 11.3.1941, Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 45. Dekan Weber hatte es am 11. März so formuliert: »Der Antrag der Philosophischen Fakultät auf Verleihung einer ao. Professur an Dr. Karl Georg Kuhn zur Erforschung der Geschichte des Judentums wurde gestellt, ehe die gleiche Professur an der Universität Posen neu gegründet war, und ehe das Amt Rosenberg eine Außenstelle der gleichen Art an der Universität Frankfurt ankündigte. Schon aus den beiden genannten Tatsachen dürfte ersichtlich sein, daß wichtige Aufgaben für die von uns erbetene Professur vorliegen.« Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 45.

43 Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 48, Schreiben des Reichserziehungs- an das Stuttgarter Kultusministerium (o. D.) mit Eingangsstempel vom 1.9.1941.

lassen hatte, sah man keine Notwendigkeit mehr, auf dessen Forderungen einzugehen. Doch abgesehen von der finanziellen Seite des Problems bestand der Hauptgrund für die ablehnende Haltung dem Tübinger Ansuchen gegenüber darin, dass die oberste Wissenschaftsbehörde die Neuschaffung einer antisemitischen Professur sachlich für nicht mehr geboten hielt. Da in Deutschland keine Juden mehr lebten, gab es auch kein »Judenproblem« mehr, das zu erforschen sich gelohnt hätte. Auf europäischer Ebene zeichnete sich ebenfalls ab, dass sich das Problem binnen kurzem erledigt haben würde. Zu Recht machte Uwe Dietrich Adam geltend, »daß man bei der in Angriff genommenen ›Endlösung der Judenfrage‹ derartiger Lehrstühle nicht mehr bedurfte«. ⁴⁴

Nachdem die Universität Tübingen realisiert hatte, wie die Dinge standen, rückte sie von dem Wunsch nach einer »Sonderprofessur« ab und erbat nun nur noch, Kuhn den Titel eines außerplanmäßigen Professors zu verleihen. Kuhn habe sich, so der neue Dekan der Philosophischen Fakultät Otto Weinreich im Januar 1942, so viele Verdienste erworben, dass es mehr als unbillig wäre, ihm den Professorentitel vorzuenthalten. ⁴⁵ Weinreich musste aber ein weiteres Mal nachfragen, bis Kuhn schließlich am 28. September 1942 zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde. Das Reichserziehungsministerium wies ausdrücklich darauf hin, dass dies unter Belassung des bestehenden Dienstverhältnisses erfolge und dass damit insbesondere keine Anwartschaft auf einen planmäßigen Lehrstuhl einhergehe. ⁴⁶ Kuhns bisheriger Lehrauftrag für Sprache, Literatur und Geschichte des Judentums blieb damit bestehen und wurde nun von einem außerplanmäßigen Professor versehen. Auch wenn es sich aus den besagten Gründen als nicht möglich herausgestellt hatte, ein neues Ordinariat zu etablieren, war Kuhn gleichwohl der erste nominelle Professor einer genuin antisemitischen »Judenwissenschaft« im ›Dritten Reich‹. Seine Ernennung steht am Ende eines mehrjährigen Ausdifferenzierungsprozesses in Richtung auf eine eigenständige Universitätsdisziplin »Judenforschung«. Es bedarf dabei kaum des Hinweises, dass diese keine objektiven und wertneutralen Erkenntnisse über das Judentum zu vermitteln suchte, sondern eine theoretische Verarbeitung antisemitischer Vorurteile beinhaltete. Dass es sich bei Kuhns Stelle »nur« um eine außerplanmäßige Professur handelte, spielte in der Außenwahrnehmung so gut wie keine Rolle.

Allerdings war man auch an anderen Universitäten auf die Idee gekommen, im Rahmen der NS-Judentumskunde Lehraufträge zu vergeben und

44 Uwe Dietrich Adam, Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977, 179.

45 Otto Weinreich an den Rektor am 23.1.1942, Universitätsarchiv Tübingen, Personalakte Kuhn 126a/284, fol. 51.

46 Ernennungsschreiben des Reichserziehungsministeriums an das Rektorat und Benachrichtigung Kuhns am 28.9.1942, ebd., fol. 53.

Lehrstühle zu etablieren. Das Beispiel Berlin wurde bereits erwähnt. Für die am 27. April 1941 eingeweihte Reichsuniversität Posen wurde ein Lehrstuhl für die Geschichte und Sprache des Judentums bereits in den Staatshaushalt eingestellt, doch blieb eine Besetzung aus. Auch ein eigenes Institut für Erforschung der Geschichte und Sprache des Judentums existierte nur auf dem Papier.⁴⁷ Während seines Entnazifizierungsverfahrens gab Kuhn mit Hinweis auf ein Schreiben der Reichsdozentenführung vom 28. April 1941 an Walter Frank zu Protokoll, »für fast alle schon bestehenden oder noch zu errichtenden Lehrstühle für Geschichte und Sprache des Judentums« vorgeschlagen worden zu sein. Kuhn zählte in diesem Zusammenhang namentlich fünf Universitäten auf: Berlin, Tübingen, Wien, Frankfurt und Straßburg.⁴⁸

Wie weit die Pläne an den von Kuhn genannten Universitäten letztlich gehen, lässt sich angesichts der Aktenlage im Einzelnen nur sehr schwer beurteilen. Mit Ausnahme Tübingens liegen lediglich für Frankfurt, allerdings nur für das Jahr 1944, genauere Informationen vor. Im März 1941 wurde in Frankfurt das unter der Ägide Rosenbergs stehende »Institut zur Erforschung der Judenfrage« eröffnet, dem es sehr schnell gelang, die Münchener »Forschungsabteilung Judenfrage« zu überflügeln. Nicht zuletzt wegen der grenzenlosen Möglichkeiten, die sich dem »Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg« zur »Sicherstellung« von Büchern und anderen Materialien durch den Krieg in ganz Europa eröffneten, konnte die Münchener Konkurrenz in den Schatten gestellt werden. Um den Raub jüdischer Bibliotheken zu quantifizieren, rechnete man in Frankfurt nicht mehr in Bücherkisten sondern im Maßstab von Eisenbahnwaggons. Allein bis April 1943 hatte man, so die eigenen Angaben, etwa eine halbe Million Bücher zusammengestohlen.

Im Gegensatz zu der betont protestantischen Ausrichtung der »Forschungsabteilung Judenfrage« konnten im Frankfurter »Institut zur Erforschung der Judenfrage« auch Katholiken in Erscheinung treten. Der von der »Forschungsabteilung Judenfrage« abgeworbene Frankfurter Institutsleiter Wilhelm Grau war in München nicht zuletzt wegen seiner katholisierenden Neigungen in Ungnade gefallen. Außerdem stand der Frankfurter Bibliothek mit Johannes Pohl ein früherer katholischer Priester vor.⁴⁹ Ungeachtet seiner protestantischen Herkunft und seiner führenden Rolle in der »Forschungsabteilung Judenfrage« war Kuhn aber durch seine fachliche Eignung prädestiniert, die von Alfred Rosenberg an der Universität Frankfurt erstrebte jüdenkundliche Professur zu übernehmen. In einem Aktenvermerk von Klaus

47 Bundesarchiv Berlin, R 49.01, 13469, fol. 205–209, »Institute der Universität Posen allgemein«.

48 Staatsarchiv Sigmaringen, Spruchkammerurteil vom 18.10.1948, Wü 13, 2657, fol. 14.

49 Siehe zu diesem Maria Kühn-Ludewig, Johannes Pohl (1904–1960). Judaist und Bibliothekar im Dienste Rosenbergs, Hannover 2000.

Schickert, seit Oktober 1943 Graus Nachfolger als Leiter des »Instituts zur Erforschung der Judenfrage«, heißt es am 16. Oktober 1944:

»Unter dem 29. September teilte mir der Gaudozentenbundführer Hessen-Nassau, Professor Kranz, mit, daß sich das Reichserziehungs-Ministerium mit der Errichtung eines Lehrstuhls für Judenkunde an der Frankfurter Universität und mit der Besetzung dieses Lehrstuhls durch den a.o. [sic!] Professor Dr. Karl-Georg Kuhn, Tübingen, einverstanden erklärt habe.«⁵⁰

Von Kranz um seine Meinung über Kuhn gebeten, bestätigte Schickert im Einverständnis mit Alfred Baeumler (1911–1968), dass Kuhn in der wissenschaftlichen Welt einen guten Leumund habe. Wolle Kuhn in Frankfurt aber tatsächlich auch arbeiten, müsse er sich der »reichhaltigen Bestände« des »Instituts zur Erforschung der Judenfrage« bedienen, da bei einem Bombenangriff am 22. März 1944 die Hebraica-Sammlung der Stadt Frankfurt zerstört worden war.⁵¹ Auch Alfred Rosenberg zeigte sich mit Kuhn, der ja immerhin aus dem Lager Walter Franks stammte, auf Grund seiner wissenschaftlichen Qualifikation einverstanden. Es sei allerdings darauf zu achten, dass Kuhn mit der Dienststelle Rosenbergs zusammenarbeite.⁵²

Schickert hatte sich möglicherweise bereits Ende Februar 1944 mit Kuhn getroffen, als er auf Einladung der Tübinger Studentenführung einen antisemitischen Vortrag an der Eberhard-Karls-Universität hielt. Es erstaunt, dass die Universität Tübingen einem führenden Vertreter der außeruniversitären »Judenforschung« und notorisch antisemitischen Hetzer ein solches Forum bot. Und Schickerts Ausführungen über »Die Arbeit der Wissenschaft an der Judenfrage« waren dementsprechend. »Da der Jude heute als lebendiges Anschauungsobjekt im Inland kaum mehr vorhanden ist«, sei die Gefahr groß, »daß die Aufgeschlossenheit der Öffentlichkeit für Fragen, die den Juden zum Gegenstand haben, allmählich absinkt.«⁵³ Gerade in der jetzigen Kriegssituation müsse das Problembewusstsein wachgehalten werden, denn sowohl hinter Amerika als auch der Sowjetunion stecke natürlich »der Jude«

50 Aktenvermerk Schickerts betr. »Errichtung eines Lehrstuhls für Judenkunde an der Universität Frankfurt/Main« vom 26.1.1944, 2 S., Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris, CXXXIC-51.

51 Ebd.

52 Rosenbergs persönlicher Referent Werner Koeppen schrieb am 31.10.1944 an Schickert: »Ihr Aktenvermerk betreffend Errichtung eines Lehrstuhls für Judenkunde an der Universität Frankfurt a. M. und die Nominierung von Prof. Kuhn für diesen Posten habe ich Reichsleiter Rosenberg vorgelegt. Der Reichsleiter möchte, dass Prof. Kuhn in dieser Eigenschaft auch mit unserer Dienststelle zusammenarbeitet. Ich bitte Sie, in Übereinstimmung mit dem Hauptamt Wissenschaft unserer Dienststelle entsprechende Schritte zu veranlassen.« Institut für Zeitgeschichte, MA 252, fol. 465 und Bundesarchiv Berlin NS 8, 266, fol. 22.

53 Die Arbeit der Wissenschaft an der Judenfrage. Ein Tübinger Vortrag des derzeitigen Leiters des Instituts zur Erforschung der Judenfrage, in: Tübinger Chronik, 2. März 1944.

als die treibende Kraft. Die noch junge und doch schon so erfolgreiche »Wissenschaft vom Juden« werde durch ihre Aufklärungsarbeit einen möglicherweise kriegsentscheidenden Beitrag leisten. In seinen abschließenden Bemerkungen bezeichnete der stellvertretende Studentenführer K. H. Thielmann Schickerts eindringliche Mahnung, in der Auseinandersetzung mit dem Judentum nicht nachzulassen, als einen »des akademischen Bodens würdigen Appell«. Es sei ein seelisch-geistiger Kampfplatz betreten worden, auf den sich die Universität mit Entschiedenheit zu begeben habe. »Schaden an ihrem Charakter als Universität wird sie sicher nicht nehmen; sie kann nur gewinnen.«

Der Auftritt Schickerts an der Eberhard-Karls-Universität veranschaulicht, wie weit auch ein extremer Antisemitismus in die zentralen Instanzen der bürgerlichen Gesellschaft eingedrungen war. Sein Vortrag lässt in Ansätzen sogar den Versuch erkennen, eine nationalsozialistische »Judenwissenschaft« *nach* der Ermordung der Juden zu skizzieren. Der von Schickert für die außeruniversitäre »Judenforschung« proklamierte Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Arbeit und antisemitischer Propaganda – so das zentrale Argument eines Artikels, den er im Juni 1944 im *Stuttgarter NS-Kurier* veröffentlichte –,⁵⁴ galt ohne Zweifel auch für die akademische »Judenwissenschaft«.

Es ist unmöglich, die NS-Judenforschung unabhängig von der antisemitischen Politik des ›Dritten Reiches‹ zu beurteilen, wie das zum Teil nach 1945 versucht wurde. Politische Vorgaben und dienstbeflissene Eigeninitiativen gingen Hand in Hand und ergänzten einander. Die mit zunehmend radikaleren Methoden ins Werk gesetzte »Lösung der Judenfrage« war die Voraussetzung und der alleinige Zweck ihrer Erforschung, wobei, wie das Beispiel Kuhns zeigt, die Verbindung von Theorie und Praxis durchaus für richtig und notwendig erachtet wurde. Das Anliegen der »Judenforschung« im ›Dritten Reich‹ bestand darin, den Antisemitismus auf ein höheres Niveau zu heben und ihn durch seine Verwissenschaftlichung effektiver zu machen. Dass sich Hochschullehrer wie Kuhn und Universitäten wie Tübingen darauf einließen und glaubten, die nationalsozialistische Politik an diesem entscheidenden Punkt wissenschaftlich untermauern zu sollen, ist ein deutlicher Beleg für den erschreckenden Niedergang der deutschen Wissenschaft im ›Dritten Reich‹.

54 Klaus Schickert, Die Judenforschung in der Wissenschaft, in: *Stuttgarter NS-Kurier*, 24.6.1944: »Wissenschaft ist nicht Propaganda, aber sie liefert den Stoff, die sichere Grundlage, die Waffen.«

Von der NS-Judenforschung zur evangelischen Nachkriegsjudaistik

Kuhn, der noch für das Wintersemester 1944/45 eine Einführungsveranstaltung in den Talmud und die Lektüre talmudischer Texte angekündigt hatte, wurde am 5. Juli 1945 suspendiert, um nach der am 18. Oktober erfolgten Rücknahme am 1. Februar 1946 erneut seines Amtes enthoben zu werden.⁵⁵ Da Kuhn nun keine staatlichen Einkünfte mehr hatte, übernahm ihn die Evangelische Landeskirche zunächst als theologischen Mitarbeiter, ab September 1948 sollte er als Religionslehrer angestellt werden. Doch dann ergab sich für Kuhn die Aussicht auf Rückkehr an die Universität, was allerdings seine Entnazifizierung zur Voraussetzung hatte, die bei einem derart belasteten Wissenschaftler nicht ganz unproblematisch erscheinen musste. Ungeachtet seines früheren Eintretens für die Belange des Nationalsozialismus entlastete ihn die Universitäts-Spruchkammer am 18. Oktober 1948 jedoch auf ganzer Linie.

Es ist hier nicht der Ort, auf das 15-seitige Spruchkammerurteil näher einzugehen, das eine zum Teil haarsträubende Beweisführung aufweist und bisweilen auch wenig Distanz zum vorherigen Regime erkennen lässt. Hier seien nur einige zentrale Argumentationslinie wiedergegeben: Nach der Lektüre von Kuhns früheren Veröffentlichungen – darunter auch seinem berühmten Pamphlet über *Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem* – kam die Kammer zu der Überzeugung, dass die vom Verfasser aufgeworfenen Fragen eine rein fachwissenschaftliche Behandlung erfahren hätten. Eine antisemitische Neigung sei nicht feststellbar, und daher ergebe sich auch keine politische Belastung. Kuhn habe auf dem umstrittenen Gebiet der talmudischen Literatur lediglich »die Stimme der sachlichen, auf solidem Quellenstudium beruhenden Wissenschaft« zur Geltung bringen wollen.⁵⁶ Dass Kuhn mehrere Male für einen judenkundlichen Lehrstuhl in Aussicht genommen, dann aber nicht berufen worden war, wertete die Kammer in völliger Verkennung der Tatsachen als Beleg für eine berufliche Benachteiligung aus politischen Gründen. Eine »sachkundige und wissenschaftlich gediegene Semitistik« sei nicht erwünscht gewesen.⁵⁷ Die durchgängig in diesem Stil gehaltene Urteilsbegründung ließ aus Kuhn am Ende schließlich einen Widerstandskämpfer und Gegner des ›Dritten Reiches‹ werden. Einer erfolgreichen Nachkriegskarriere stand daraufhin nichts mehr im Wege.

Kuhn wurde 1949 auf eine außerplanmäßige Professor für Neues Testament und Judaistik an die Universität Göttingen berufen und kehrte damit

55 Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 13, 2657, fol. 1, Spruchkammerurteil vom 18.10.1948,

56 Ebd., fol. 7f.

57 Ebd., fol. 15.

zu seinen theologischen Wurzeln zurück. 1954 erhielt er ein neutestamentliches Ordinariat an der Universität Heidelberg. Dort wurde er 1957 Leiter der neu eingerichteten Qumran-Forschungsstelle und 1964 Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Als einem führenden und international anerkannten Vertreter der evangelischen Nachkriegsjudaistik wurden ihm zahlreiche Ehrungen zuteil.⁵⁸ Kuhn erschien in der Historiographie nun als herausragender Pionier der neutestamentlichen und judaistischen Wissenschaft, der exemplarisch gezeigt habe, »was es heißt, auf diesem Gebiet zu arbeiten.«⁵⁹

In Tübingen wurde die Judaistik nach dem Krieg hauptsächlich durch den Neutestamentler Otto Michel (1903–1993) vertreten, der am 1. April 1946 die Nachfolge Kittels angetreten und 1957 ein eigenes Institutum Judaicum ins Leben gerufen hatte. Kittel selbst war kurz nach Kriegsende im Mai 1945 verhaftet worden. Von November 1945 bis Oktober 1946 interniert, wurde ihm bis zum Februar 1948 ein Aufenthaltsverbot für Tübingen auferlegt. Noch vor Aufnahme seines Spruchkammerverfahrens starb er am 11. Juli 1948. Kittels früher Tod scheint einer der Hauptgründe gewesen zu sein, warum sich lange Zeit niemand für sein Wirken während des »Dritten Reiches«, das noch weitaus stärker politisiert war als das Kuhns, interessierte. Kittel hatte sich nicht nur im Rahmen der »Forschungsabteilung Judenfrage« in eindeutig antisemitischer Weise betätigt. Er verfasste auch für andere NS-Institutionen Beiträge, die nichts anderes als antisemitische Hetzpropaganda der übelsten Sorte waren. Während seiner Lehrtätigkeit in der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien (1939–1943) hatte er seit Anfang 1941 parallel dazu einen antisemitischen Lehrauftrag in der Wiener Philosophischen Fakultät inne.

In der Zeit seiner Abwesenheit wurde Kittels Tübinger Professur durch Otto Michel vertreten, der dann nach dem Krieg sein offizieller Nachfolger wurde. Eigenen Angaben zufolge trat Michel bereits im Mai 1930 [lies: 1933, H. J.] in die NSDAP ein, und auch während seiner Zeit als Studentenpfarrer an der Universität Halle habe er sich, unter anderem in der SA, im Sinne des Nationalsozialismus betätigt.⁶⁰ In seinen deutlich geschönten Le-

58 Siehe etwa die von Gert Jeremias u. a. herausgegebene Festschrift zu Kuhns 65. Geburtstag: *Tradition und Glaube. Das frühe Christentum in seiner Umwelt*, Göttingen 1971.

59 So Heinz-Wolfgang Kuhn, Karl-Georg Kuhn, der Forscher und Lehrer, in: Ruperto Carola (November 1979), 53–58, hier 58, und Günther Bornkamm, Karl Georg Kuhn (6.3.1906–15.9.1976), in: *Jahrbuch der Heidelberger Akademie der Wissenschaften*, Heidelberg 1978, 61–63, hier 63.

60 »Politisch habe ich niemals einer anderen Partei angehört als der NSDAP, deren Mitglied ich im Mai 1930 [es handelt sich hier um einen Schreibfehler und muss heißen: am 1.5.1933] wurde. Aus meiner Arbeit als Studentenpfarrer ist jedoch bekannt, dass ich schon mehrere Jahre vorher für die NSDAP eintrat. Ich gehörte zu den ersten Hallenser Dozenten, die sich 1933 in der Wohnung von Prof. Dr. Weigelt zu einem Kreis um die

benserinnerungen vermied es Michel tunlichst, auf seine frühere pronazistische Einstellung einzugehen bzw. machte abweichende Angaben.⁶¹ Die Schwierigkeit bestand für ihn offensichtlich darin, dass er einerseits an seinen Amtsvorgänger Kittel anknüpfen, sich zugleich aber von ihm distanzieren musste. Ausdruck dieser Ambivalenz ist sein Beitrag über Kittel, den er 1977 für die Neue Deutsche Biographie verfasste.⁶² Mag man bei einer wohlwollenden Betrachtungsweise die hier geäußerte Darlegung des Kittelschen Verhältnisses zum Judentum bzw. zum »Phänomen des Weltjudentums« als ambivalent bezeichnen, kann das eindeutig nicht für einen von Michel zwanzig Jahre vorher geschriebenen Artikel über Kittels wissenschaftliches Vermächtnis gelten.⁶³ Gängige antijüdische Klischees aufnehmend, ist hier, durchaus in der Tradition Kittels, sehr viel von einem »sich gegen den Anspruch Jesu verhärtenden Judentum« die Rede.⁶⁴ Wenn Michel nur wenige Jahre nach dem Holocaust und ausgerechnet in Erinnerung an Kittel formulierte, dass jüdische Existenz »von Anfang an unter den Zeichen der Berufung, Erwählung und Aussonderung« gestanden habe, muss das in hohem Maße befremden.⁶⁵ Michels Fazit, dass es darauf ankomme, mit der Vergangenheit so umzugehen, dass sie »beim Bau der Zukunft hilft und nicht als Not und Gericht im Wege steht«,⁶⁶ kann als Leitmotiv für die etwa zur gleichen Zeit erfolgte Gründung des Tübinger Institutum Judaicum aufgefasst werden.

Aus der Sicht des Profanhistorikers handelt es sich hier um eine für den Umgang mit der NS-Vergangenheit nicht untypische Kombination von Amnesie und Amnestie, der man in der Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus häufiger begegnet. Ohne bedingungslose Aufklärung des histo-

NSDAP zusammenschlossen und aus dem dann der spätere Dozentenbund (Dr. Kürten, Dr. Wagner) hervorging. Auch heute noch bin ich in dieser Gliederung der Partei. In der SA war ich 1933–1936 in drei verschiedenen aktiven Stürmen und habe in diesen Jahren vollen Dienst getan, obwohl ich zeitlich ein nicht unbeträchtliches Opfer bringen mußte. Aber ich war gern in der SA und verdanke ihr manche schöne Erinnerung.« So Michel in einem wohl Ende 1939 verfassten undatierten Lebenslauf, Universitätsarchiv Halle, Personalakte Michel 11446, z. T. zitiert bei Friedemann Stengel, Entnazifizierung und Neuaufbau der Theologischen Fakultät Halle 1945–1949, in: Hermann-J. Rupieper (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502–2002, Halle 2002, 529–558, hier 548.

61 Otto Michel, Anpassung oder Widerstand. Eine Autobiographie, Wuppertal 1989. Einiges davon wurde in dem von Helgo Lindner herausgegebenen Erinnerungsbuch ›Ich bin ein Hebräer. Zum Gedenken an Otto Michel (1903–1993)‹, Gießen 2003, berichtigt.

62 Otto Michel, Kittel, Gerhard, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 11, 1977, 691f.

63 Otto Michel, Das wissenschaftliche Vermächtnis Gerhard Kittels. Zur 70. Wiederkehr seines Geburtstags, in: Deutsches Pfarrernblatt (1958), 415–417.

64 Ebd., 416.

65 Ebd.

66 Ebd., 417.

rischen Sachverhalts und ohne Einbeziehung der Seite der Opfer kann ein solches Verfahren allerdings nur als Farce und Versuch der Selbstsalvierung angesehen werden.

Wie einfach das Umschlagen von einer judenfeindlichen in eine ›philosemitische‹ Einstellung vonstatten gehen konnte, verdeutlicht das Beispiel Günter Schlichtings, dessen Funktion als Leiter der Spezialbibliothek der Münchener »Forschungsabteilung Judenfrage« oben kurz angesprochen wurde. Schlichting hatte 1941 im besetzten Holland ein Exemplar des mittelalterlichen jüdischen Volksromans *Toledot Jeschu* erworben und 1942/43 begonnen, die »berüchtigte jüdische Hetzschrift gegen die nichtjüdische Welt« zu übersetzen, weil das Reichsinstitut sie zu Agitationszwecken neu herausgeben wollte.⁶⁷ Vierzig Jahre später veröffentlichte Schlichting eine wissenschaftliche Neuedition des Werkes, nun aber in gegenteiliger Absicht.⁶⁸ Dem Vorwort lässt sich entnehmen, dass Schlichting von Schuldgefühlen geplagt wurde, die er nicht zuletzt durch die wissenschaftliche Neuausgabe, die er einen »Beitrag zur geistigen Wiedergutmachung« nannte, abbauen wollte. Fand Schlichting auf der Ebene persönlichen Schuldempfindens Worte des Bedauerns, ist die Schilderung des historischen Zusammenhangs dagegen bewusst nebulös gehalten.⁶⁹ Seine eigene Tätigkeit für die »Forschungsabteilung Judenfrage« wird nicht einmal andeutungsweise erwähnt. Schlichtings Verschleierung des politischen Kontextes ist dazu angetan, die Ernsthaftigkeit seines persönlichen Schuldbekenntnisses in Frage zu stellen. Auch seine Übersetzer- und Herausgebertätigkeit für die ursprünglich von G. Kittel und K. H. Rengstorf begründete Reihe *Rabbinische Texte* wie auch sein Engagement im christlich-jüdischen Dialog erscheint dadurch in einem anderen, wenig günstigen Licht.⁷⁰

Die Frage der persönlichen Schuld und des Umgangs mit ihr ist nicht Thema des vorliegenden Artikels, in dem es unter Einbeziehung der Vor- und Nachgeschichte um eine historische Rekonstruktion der akademischen »Judenforschung« in der Zeit des Nationalsozialismus ging. In deren Zent-

67 Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland, 441. Nach dem Krieg strengte das Amsterdamer Antiquariat Louis Lamm deshalb ein Regressverfahren gegen Schlichting an – ebd.

68 Günter Schlichting, Ein jüdisches Leben Jesu. Die verschollene Toledot-Jeschu-Fassung Tam û-mû'âd. Einleitung, Text, Überarbeitung, Kommentar, Motivsynopse, Bibliographie, Tübingen 1982.

69 »Ausgangspunkt dieser Arbeit ist das Auftauchen einer gedruckten Toledot-Jeschu-Ausgabe mit dem Titel Tam û-mû'âd, die der Verleger Louis Lamm seinerzeit zum Kauf anbot. Ich konnte Herrn Louis Lamm 1932 in Berlin und später in Amsterdam besuchen und den heute im Institut für Antikes Judentum zu Tübingen aufbewahrten Druck persönlich von ihm erwerben.« Ebd., 6f.

70 Nach dem Krieg wurde Schlichting Pfarrer in Regensburg, wo er sich in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit betätigte.

rum stand die Herausbildung einer neuen, nicht mehr nur theologisch, sondern betont religionsgeschichtlich argumentierenden »Wissenschaft des Judentums«, die vorgab, frei von religiösen Vorurteilen zu sein und deshalb besondere Beachtung beanspruchte. Nur so glaubten ihre Vertreter, einen maßgeblichen Beitrag zur Lösung des »Judenproblems« leisten zu können. Zwar spielten in der nationalsozialistischen »Judenforschung« auch nichtreligiöse Themen und Gesichtspunkte eine wichtige Rolle, doch die Frage, wie sich die »jüdische Rasse« definieren und somit dingfest machen ließe, führte unweigerlich auf die jüdische Religion zurück. Nichts belegt die Erfolglosigkeit der nationalsozialistischen Rassenklassifikation mehr als das Scheitern der Nürnberger Gesetze in dem Versuch, Juden anders als über ihre Religionszugehörigkeit zu erfassen. Die Konstruktion der »semitischen Rasse« blieb ein reines Phantasieprodukt, so dass man gezwungenermaßen auf ältere Bestimmungsfaktoren zurückzugreifen musste, die es freilich zu modernisieren und zu verwissenschaftlichen galt.